

Mit dem Zahnarzt wurde alles besser

Flüchtling Adyam Meles aus Eritrea kam völlig ahnungslos zu einer Pflegefamilie, geplagt von Schmerzen

VON SEBASTIAN SCHANZER

Alles, was Adyam auf die Reise vom Empfangszentrum für Flüchtlinge in Kreuzlingen nach Liestal mitbekam, war ein Passierschein mit der Adresse ihrer künftigen Pflegefamilie. Zuvor war die Eritreerin während fünf Monaten auf der Flucht. 90 Prozent davon legte sie zu Fuss zurück. Wer das schafft, wird auch den letzten Abschnitt noch meistern, dachten sich die Behörden und schickten die 15-Jährige nach Liestal, ohne sie über ihr künftiges Zuhause zu informieren. So erzählt es Stefanie Hanisch, Pflegemutter und Hausfrau aus Liestal.

Sie und ihr Mann Alexander holten Adyam bei der Koordinationsstelle für Asylbewerber in Liestal ab und wussten auch nicht viel mehr über ihr neues Pflegekind, als auf dem Passierschein vom Empfangszentrum zu lesen stand. Das war vor ziemlich genau zwei Monaten. «Adyam setzte sich auf die Treppe, hielt ihren Rucksack fest und beobachtete völlig verängstigt, was passierte», sagt Stefanie Hanisch. Da sie sich weder auf Englisch noch auf Deutsch mit der Jugendlichen verständigen konnten, musste als Erstes ein Dolmetscher her, der sie per Telefon beruhigte und ihr erklärte, wohin sie geraten war. Am Tag darauf kam der Dolmetscher persönlich vorbei, und die drängendsten Fragen der jungen Asylsuchenden, aber auch der Pflegefamilie konnten bei dieser ersten Annäherung geklärt werden.

Lebendiges Patchwork

Seit mehreren Jahren nimmt die Familie Hanisch Pflegekinder auf. Stefanie Hanisch arbeitete zuvor als diplomierte Pflegefachfrau mit betagten Menschen. «Diesen Beruf hängte ich an den Nagel, um mit Kindern zu arbeiten», sagt sie. Nun arbeitet sie als Hausfrau und Pflegemutter, indem sie, gemeinsam mit ihrem Ehemann, Kindern ein Heim bietet. «Wir sind beide in intakten Familien mit Geschwistern aufgewachsen», sagt Alexander Hanisch, der ein Treuhand-Büro im unteren Stock des Wohnhauses betreibt. «Wir wissen aber, dass es in der Schweiz nicht allen Kindern so gut geht.»

So freundete sich das Ehepaar mit dem Gedanken an, Pflegekinder aufzunehmen und führt seither ein äusserst lebendiges Familienleben. Neben der siebenjährigen leiblichen Tochter wohnen zwei Pflegekinder im Alter von 3 und 18 Jahren im Haus. Zusätzlich absolviert ein Mädchen seine Vorlehre in Hauswirtschaft bei den Hanischs.

Ende Oktober entschloss sich die Familie dazu, zusätzlich eine sogenannte UMA, eine unbegleitete minderjährige Asylsuchende, bei sich aufzunehmen und freuten sich auf die Eritreerin Ady-



Adyam Meles aus Eritrea wohnt seit zwei Monaten bei der Familie Hanisch und zeigt gerne ihre Kochkünste

KENNETH NARS.

UMA im Baselbiet

Asylsuchende, die noch minderjährig und ohne erwachsene Fürsorge unterwegs sind, nennt man in der Behördensprache UMA. **Zurzeit sind 87 UMA in Baselstad gemeldet.** Über 60 davon sind im Alter zwischen 16 und 18 Jahren, 25 sind jünger. Sie werden vom Bund direkt an die Gemeinden zur Unterbringung verteilt. Zuletzt erregte das Thema Aufsehen, weil manche der UMA nicht in altersgerechten Institutionen, sondern in gewöhnlichen Asylheimen untergebracht werden. Dies soll sich ab Februar 2016 bessern. Der Kanton will dann ein Heim für 25 UMA eröffnen.

am Meles. «Die ersten drei Wochen stellte sie unser ganzes Leben auf den Kopf», sagt Alexander Hanisch. «Sie ass nur Weissbrot mit Honig und liess jede Nacht bei offener Türe das Licht im Zimmer brennen.» Zudem schien sie etwas besonders zu bedrücken. «Wir wussten nicht, ob sie aus irgendeinem Grund böse auf uns ist, bis sie eines morgens in ihrer Muttersprache fluchte und auf ihre Backe zeigte: Sie hatte Zahnschmerzen.»

Kontakt durch Smartphone

Der erlösende Besuch beim Zahnarzt wurde zum Wendepunkt in der Beziehung. Die Eritreerin fasste Vertrauen. Seit etwa einem Monat geht sie in die Sekundarschule in Sissach und lernt dort Deutsch als Zweitsprache. «In der Schule ist sie sehr lehrwillig», sagt Stefanie Hanisch. «Sie konnte unserem Kind bereits die Weihnachtsgeschichte nachzählen.»

Mittlerweile konnte Adyam auch andere Verwandte in der Schweiz treffen, kam so zu einem Smartphone und telefoniert nun regelmässig mit ihrer Familie in Eritrea. Bevor sie ging, musste sie alle wichtigen Telefonnummern auswendig lernen, wie sie dem Dolmetscher erzählte. Das Smartphone bietet aber auch für die Kommunikation im Haus grosse Vorteile. «Immer wieder kommt sie zu uns und zeigt uns Bilder oder Musik aus ihrer Heimat. So lernen wir sie immer besser kennen», sagt die Pflegemutter. Auch kulinarisch lernen die Hanischs die Kultur ihres Pflegekindes kennen. Da dieses nicht dem Schweizer Essen noch nicht so klar komme, kocht Adyam fast jeden Abend für die ganze Familie.

Nach zwei Monaten scheint die Patchwork-Familie in Liestal ein weiteres Mitglied erfolgreich integriert zu haben. «Adyam hat hier auch Freunde, die sie zu sich nach Hause einlädt, mit denen sie Musik hört, redet und lacht. Ich hätte nie gedacht, dass es so schnell so natürlich werden könnte», sagt Stefanie Hanisch.

Gemeinden lassen sich nicht mit Drittel abspeisen

Pflegefinanzierung Die landrätliche Finanzkommission will, dass der Kanton den Gemeinden nur 15 statt 45 Millionen Franken zurückzahlt. Nun droht eine Gemeindeinitiative.

VON MICHAEL NITTNAU

Die Finanzkommission (Fiko) veröffentlichte gestern ihren Bericht zur Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV/Neuaufteilung der Ergänzungsleistungen. Hinter diesem umständlichen Titel verbirgt sich politischer Sprengstoff: Die Teilrevision an sich ist zwar unbestritten, doch wird damit auch endlich geregelt, wie viel der Kanton den Gemeinden für die Jahre 2011 bis 2015 zurückzahlen muss. Denn seit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung 2011 übernehmen die Gemeinden einen zu grossen Teil der Pflegekosten. Laut Be-

rechnungen des Statistischen Amtes geht es für 2011 bis 2014 um 30 Millionen und für 2015 nochmals um 15 Millionen Franken. Die Regierung kippte die Rückerstattung aber aus Spargründen aus der Vorlage und wollte sie erst «bei gegebener Gesundheit der Kantonsfinanzen» leisten – sehr zum Unmut der Gemeinden (die bz berichtete).

Doch wer dachte, dass die Fiko diesen Regierungsentscheid nun wieder zugunsten der Gemeinden umstösst, sieht sich eines Besseren belehrt: Mit 11:2 Stimmen empfiehlt sie zwar, dass der Kanton den Gemeinden noch dieses Jahr 15 Millionen Franken als Kompensation zahlen soll. Doch diese Zahlung gelte für die komplette Zeitspanne von 2011 bis 2015 und werde «einmalig und abschliessend» geleistet. Die 30 weiteren Millionen würden demnach verfallen. Erst ab 2016 soll es dann jährlich 14,3 Millionen Franken für die Gemeinden geben, um die Aufgabenverschiebung bei den Ergänzungsleistungen künftig gerecht auszugleichen.

Zuerst tobte auch Anton Lauber

«Das ist fast ein bisschen unanständig», entfährt es Therwil's Gemeindepräsident Reto Wolf, als er durch die bz vom Fiko-Vorschlag hört. Als Vorsitzender der Plattform Leimental Plus hatte er schon im Vorfeld versucht, der Regierung klarzumachen, dass die Gemeinden nicht einfach auf das Geld verzichten würden. Kurzfristig zwar 15 Millionen zu erhalten, aber dafür die restlichen zwei Drittel definitiv zu verlieren, sei nicht das, was die Gemeinden wollten. «Da warte ich lieber noch ein paar Jahre und bekomme dafür dann die ganzen 45 Millionen», sagt Wolf. Auch der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott spricht bei den 15 Millionen von einem «Köder»: «30 Millionen Franken einfach wegzuzaubern, kann nicht sein.» Dies könne nicht mal als Kompromiss bezeichnet werden, da es schlicht keine akzeptable Lösung sei.

Nun rückt ein Szenario in den Fokus, das die Gemeinden eigentlich vermeiden wollten: entweder eine gerichtliche Auseinandersetzung oder eine Gemeindeiniti-

45

Millionen Franken müsste der Kanton Baselland den Gemeinden eigentlich als Kompensation für tiefere Ergänzungsleistungen für die Jahre 2011 bis 2015 zahlen. Die Finanzkommission empfiehlt nun dem Landrat, **nur 15 Millionen Franken zu sprechen** und den Rest verfallen zu lassen.

ative. «Wir werden fast dazu gezwungen, nun aktiv zu werden», sagt Ott. Er sei zwar überzeugt, dass man den Anspruch der Gemeinden auch vor Gericht durchsetzen könnte, doch «effektiver ist die Gemeindeinitiative». Auch Wolf sagt: «Der Kanton sollte wissen, was passieren kann, wenn wir Gemeinden zusammenstehen.»

Erst muss freilich der Fiko-Vorschlag vom Landrat bestätigt werden. Gemäss Fiko-Präsident Roman Klausner (SVP) wird dies bereits Mitte Januar der Fall sein. «Aus keiner Fraktion gab es grossen Widerstand gegen unseren Kompromiss», sagt er, und fügt kämpferisch an: «Sollen die Gemeinden doch dagegen vorgehen.» Für ihn sei das Wichtigste gewesen, dass man das seit Jahren pendente Geschäft endlich abschliessend erledige. Auch für Finanzdirektor Anton Lauber ist der Fiko-Entscheid nicht nur positiv, wollte er doch alle Rückzahlungen aufschieben. Klausner verrät: «Erst hat er getobt, doch am Ende sah auch er, dass es eben einen Kompromiss braucht.»